

rundbrief ^{PDS}

Gemeinsamer Aufruf für die Wahlen zum Europäischen Parlament

Wahlplattform von 14 Parteien für den 13. Juni 2004

Am 8./9. Mai 2004 wurde in Rom die Europäische Linke gegründet. Zunächst 13 Parteien haben sich darin europaweit zusammengeschlossen und sind damit ein Stück weiter gegangen, als kurz zuvor die Grünen, die einen europaweiten Dachverband gebildet haben. Mit dem folgenden Aufruf rufen 14 europäische Linksparteien zur Wahl für das Europaparlament auf. Da kann man nur hinzufügen: Wählen gehen! Und wir sollten die letzten Tage bis Sonntag nutzen, noch einmal kräftig für die Wahl der PDS zu werben – die PDS ist die einzige Linkspartei in der Bundesrepublik, die eine Chance hat, wieder ins Europaparlament gewählt zu werden. (wof)

Die Europäische Union übt auf das soziale, wirtschaftliche und politische Leben in allen Bereichen entscheidenden Einfluss aus. Jedoch ihr gegenwärtiger Kurs entspricht nicht den Interessen der Mehrheit der Bürger Europas. Daher weisen die Völker die Politik des Sozialabbaus zurück, die verschiedene Regierungen auf nationaler und europäischer Ebene betreiben. Sie lehnen eine Politik ab, die die Marktwirtschaft mit freier Konkurrenz für sakrosankt erklärt, öffentliche Dienstleistungen in Frage stellt, Sozialausgaben kürzt und den Arbeitsmarkt dereguliert.

Denn es sind die Völker, die die Folgen dieser Politik zu tragen haben. Obwohl die Produktivität ständig steigt und die Profite des Großkapitals in die Höhe schnellen, bestimmen Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung mehr denn je den Alltag der Menschen in der Europäischen Union. Da sie keine Perspektive sehen, herrscht Zukunftsangst in allen Generationen, greift populistische Demagogie um sich, bleiben die Wähler in Massen den Urnen fern. In der Europäischen Union haben wir heute gegen völlig neue Gefahren zu kämpfen - eine Herausforderung, der wir uns stellen müssen.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament im

Juni 2004 sind für uns Linke eine Gelegenheit, den Bürgern der Europäischen Union zu zeigen, dass es zur neoliberalen Politik in der EU und in den meisten ihrer Mitgliedstaaten Alternativen gibt.

Unser Ziel ist ein soziales, ökologisches, demokratisches und friedliches Europa, das aktiv für eine Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Welt eintritt.

Für diese politischen Werte und Forderungen stehen die Unterzeichner dieses Aufrufs. In ihren Ländern und im Europäischen Parlament setzen sie sich für eine Politik ein, die mit den Dogmen des Ultraliberalismus bricht, die den Widerstand und die Teilhabe der Arbeitnehmer, der Gewerkschaften, der sozialen Bewegungen und der Bürger zur Triebkraft des sozialen Wandels macht.

Der Entwurf einer Verfassung, die den Neoliberalismus und die Mitgliedschaft in der NATO als einzige Perspektive für die Europäische Union festschreibt, ist das Gegenteil von Veränderung, sozialem Fortschritt und einer neuen friedensstiftenden Rolle in der Welt, die Europa so dringend braucht. Die Unterzeichner dieses Aufrufs setzen sich mit Nachdruck für einen neuen Verfassungsvertrag ein, der die demokratischen Forderungen

nach einem Europa des Friedens und der Solidarität aufnimmt, die in den Gesellschaften unserer Länder immer lauter werden.

Um auf dem Wege zu einem sozialen, ökologischen, demokratischen, einträchtigen und friedlichen Europa voran zu kommen, unterbreiten sie ihre Vorschläge in den folgenden fünf Bereichen:

I. Garantierte Arbeits- und Ausbildungsplätze, Förderung öffentlicher Dienstleistungen

Da wir heute eine enorme Ausbreitung ungeschützter Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt, wachsende Ausgrenzung und Armut erleben, sind unsere Prioritäten: Vollbeschäftigung in regulären Jobs, garantiertes lebenslanges Lernen, allgemeine Anhebung der Löhne und Gehälter in Einklang mit der Entwicklung der Produktivität und der Inflationsrate, Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverzicht und Ausbildungsplätze für die Jugend.

Auftrag und Zuständigkeit der Europäischen Zentralbank, die zur Zeit ausschließlich auf die Forderungen der Finanzmärkte ausgerichtet ist, sind radikal zu ändern. Sie muss demokratischer öffentlicher Kontrolle unterstellt werden. Eine Wachstumspolitik ist zu fördern, die sich auf sozial nützliche Investitionen und Verbrauch stützt. An die Stelle des ultraliberalen Stabilitätspaktes muss ein Pakt für sozialen Fortschritt und Beschäftigung treten.

Der staatliche Wirtschaftssektor und öffentliche Dienstleistungen sind zu fördern: (Fortsetzung Seite 2)

Erinnerung

Mittwoch, 9. Juni 2004

Mitgliederversammlung der PDS Essen zur Aufstellung weiterer Direktkandidat/innen, der Listen zu den Bezirksvertretungen, des Oberbürgermeister-Kandidaten und der Ratsliste zur Kommunalwahl (siehe Einladung vom 5.5.2004)

Einladung: Sonntag, 13. Juni 2004

Wahlparty der PDS.

Wir feiern den Wiedereinzug der PDS ins Europaparlament. Ab 17.30 Uhr, PDS-Geschäftsstelle An St. Marien 1 (mit aktuellen Infos aus Essen) bzw. bei schönem Wetter im Biergarten von Café Mey schräg gegenüber

Mitgliederversammlung der PDS:

Mittwoch, 30.6.2004

zur endgültigen Verabschiedung des Kommunalwahlprogramms und bei Bedarf Aufstellung weiterer Kandidat/innen für die Kommunalwahl. Gaststätte Haus Kalhoff, Lenbachstr. 3

Frankfurter Aufforderung:

Truppenrückzug aus dem Irak!

Fausto Bertinotti, Vorsitzender der Partei der Europäischen Linken, und Lothar Bisky, Vorsitzender der PDS, haben sich am 6.6.2004 in Frankfurt/Main mit dem Appell an die Regierungen und Parlamente jener EU-Staaten gewandt, die Truppen im Irak stationiert haben, diese Truppen zurückzuziehen. Nachfolgend der Wortlaut der Aufforderung.

Wir wenden uns an die Regierungen und Parlamente der EU-Staaten Großbritannien, Italien, Polen, Dänemark, Ungarn, Portugal, Lettland, Litauen, Slowakei, Tschechien, Estland und der Niederlande, ihre Truppen umgehend aus dem Irak abzuziehen. Wir wenden uns an das Europäische Parlament, nach den Wahlen umgehend über eine eigenständige europäische Irak-Politik zu beraten und die Forderung des Truppenabzugs zu unterstützen. Wir rufen die Mitgliedsorganisationen der Partei der Europäischen Linken, demokratische, sozialistische, kommunistische und andere Linksparteien in allen Teilen

Europas dazu auf, zusammen mit der Friedensbewegung des Truppenabzugs aus dem Irak zu einem öffentlichen Thema zu machen. Der von den USA und Großbritannien unterbreitete neue Entwurf einer Irak-Resolution ist unannehmbar. Er schränkt die staatlichen Rechte des Iraks, inklusive der freien Verfügung über das Öl, weiter ein, verweigert, einen konkreten Termin für den Abzug der Besatzungstruppen zu nennen und stellt die Vereinten Nationen unter das Kommando der USA. Weitere Staaten sollen verpflichtet werden, Soldaten in den Irak zu entsenden. Folter, Besatzungswillkür und kulturelle Demütigung der Bevölkerung bleiben ungeahndet. Ein wirklicher politischer Neuanfang wird nicht gemacht.

Die Entscheidung der neuen Regierung in Spanien, die ihre Truppen aus dem Irak abgezogen hat, öffnet den Weg einer europäischen Irak-Politik. Statt Krieg und Gewalt braucht der Irak Politik und humanitäre Hilfe.

Eine Bilanz der bisherigen Privatisierungen und Deregulierungen ist zu ziehen. Die Öffnung dieses Bereichs für den Wettbewerb muss gestoppt werden. Die öffentlichen Dienstleistungen sind weiterzuentwickeln, die europäische Zusammenarbeit in diesem Bereich ist zu verstärken. Die öffentliche Hand muss mehr in Gesundheit, soziale Sicherheit und Bildung investieren.

Eine Neubewertung der Aufgaben des Wirtschafts- und Sozialausschusses der EU muss zu verbesserten Verbraucher- und Arbeitnehmerrechten führen.

Arbeitnehmer, Abgeordnete und Organisationen der Zivilgesellschaft sollen das Recht erhalten, die Verwendung von öffentlichen Geldern, die Führungstätigkeit von Unternehmen, auch multinationalen Gesellschaften, einschließlich deren Kündigungspläne, zu kontrollieren. Das ist nur durch mehr Demokratie am Arbeitsplatz, in den Regionen, auf nationaler und europäischer Ebene zu erreichen.

II. Ein Europa der Demokratie und gleicher Rechte ohne jede Diskriminierung

Die genannten sozialen und wirtschaftlichen Rechte - ob nun in der Charta der Grundrechte enthalten oder nicht - gehören ins Zentrum der Integration Europas, wie wir sie uns wünschen.

Wir fordern

- mehr Mitspracherechte und mehr Kontrolle von Entscheidungen auf europäischer Ebene durch das Petitionsrecht und andere Formen demokratischer Teilhabe, durch die Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente;
- Angleichung der Sozialgesetze nach oben und Institutionalisierung des Prinzips, dass erreichte Standards nicht unterschritten werden dürfen;
- wirkliche Gleichstellung der Geschlechter in allen gesellschaftlichen Bereichen; Kampf gegen Diskriminierung auf Grund der sexuellen Orientierung;
- Schutz und Förderung der Rechte von Kindern und Jugendlichen;
- Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen;
- Wahrung der Rechte von Einwanderern und Flüchtlingen, insbesondere des Rechts auf Arbeit und des Wahlrechts für Ausländer;
- Achtung von Minderheitenrechten;
- Kampf gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus, Neo-Faschismus, Chauvinismus, Ausländerhass, Nationalismus, Rechtsextremismus und Intoleranz;
- Achtung der verschiedenen Kulturen und einen garantierten Zugang zu den Gütern der Kultur für alle.

III. Ein Europa der Solidarität und der nachhaltigen Entwicklung

- Vorrang für eine Politik der wirtschaftlichen Angleichung, die auf sozialem Fortschritt und dem Schutz der Umwelt beruht, die auf wirtschaftliche und soziale Kohäsion zielt;
- Erhöhung des Budgets der EU im Zusammenhang mit ihrer Erweiterung; Verwendung der Mittel für Beschäftigung, Solidarität und nachhaltige Entwicklung;
- Einführung von Mechanismen zur Verhinderung von Betriebsverlagerungen;
- Besteuerung der Finanzmärkte (Tobin-Steuer) und der Maximalprofite;

- Vorrang für Maßnahmen und Investitionen, die dem Umweltschutz, der Lebensmittelsicherheit und der Sicherheit der Meere dienen;
- europäische Gesetze, die verhindern, dass Naturressourcen wie Wasser und Luft als Waren behandelt werden.

IV. Ein unabhängiges Europa das sich aktiv für Frieden und Solidarität einsetzt

- Entschuldung der Entwicklungsländer und Einsatz von mindestens 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungshilfe;
- Umorientierung der Politik der Zusammenarbeit auf den Grundsatz der Gleichheit, besonders mit den Ländern des Mittelmeerraumes, Afrikas und Lateinamerikas;
- Bekräftigung einer Politik der Unabhängigkeit von den USA, die die Souveränität der Staaten achtet, für Frieden und Abrüstung in der Welt eintritt, politische Konfliktlösungen einschließt, der UNO und dem Völkerrecht eine größere Rolle zumisst, sich der Präventivkriegsstrategie der US-Administration widersetzt und eine Militarisierung der Europäischen Union - ob innerhalb oder außerhalb der NATO - in jeglicher Form ablehnt;
- Verurteilung des Terrorismus in jeglicher Form, vor allem, wenn er unter Unschuldigen Opfer fordert. Wir sind überzeugt, dass Terrorismus nicht durch Einschränkung von Freiheiten, Bürger- und Menschenrechten einzudämmen ist, sondern nur durch den Ausbau von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Wir verurteilen Krieg gegen jeglichen Staat unter dem Vorwand der Bekämpfung des Terrorismus;
- Errichtung eines neuen Sicherheitssystems auf der Basis der Zusammenarbeit in Europa, das sich auf eine erneuerte OSZE stützt, hinsichtlich des Verhältnisses zu den Partnern im Mittelmeerraum eng mit der UNO zusammenwirkt und eine Alternative zur NATO darstellt;
- Eintreten für ein Ende der Besetzung im Irak, für den Abzug der ausländischen Truppen und die Übertragung der vollen Souveränität an das irakische Volk;
- Initiativen zur Unterstützung aller Pläne für einen israelisch-palästinensischen Frieden und die Bildung eines lebensfähigen palästinensischen Staates auf der Grundlage gemeinsamer Sicherheit Israels und aller Staaten der Region;
- Unterstützung für die Wiedervereinigung Zyperns als Föderation aus zwei Landesteilen und zwei Volksgruppen, die zu Frieden, Stabilität und einer gemeinsamen gedeihlichen Zukunft für alle Zyprioten innerhalb der Europäischen Union führt. Die Unterzeichner dieses Aufrufs betonen, dass es Sache der Zyprioten ist, über den endgültigen Wortlaut des vom UN-Generalsekretär vorgelegten Abkommens zu entscheiden;
- Kampf gegen das Wettrüsten, gegen die Verbreitung und den Besitz solcher Massenvernichtungsmittel wie atomarer, biologischer und chemischer Waffen durch die Wiederaufnahme von Abrüstungsverhandlungen und die strikte Einhaltung des Atomsperrvertrages auch durch die heutigen Nuklearmächte;
- Kampf gegen die Militarisierung des Weltraums und für Weltmeere, die frei von Atomwaffen sind;
- Reform und Demokratisierung der UNO als wichtiger Raum für internationale Zusammenarbeit;

- Unterstützung des Kampfes der Völker gegen die Politik der bestehenden internationalen Finanz- und Wirtschaftsorgane wie WTO, IWF und Weltbank, für deren radikale Reformierung und Unterstellung unter die Kontrolle der UNO;
- für eine wirksame Anwendung des Kyoto-Protokolls über die Umwelt - obwohl es unvollkommen ist - und der Festlegungen der unter der Schirmherrschaft der UNO durchgeführten Gipfelkonferenzen.

V. Die Orientierung ändern: Ein anderes Europa ist möglich

Die Zeit ist reif für eine gründliche Veränderung der EU, mit der die Bürgerinnen und Bürger, nicht die Märkte und die vorherrschenden Kräfte der Wirtschaft, d. h., die Multis und das Finanzkapital - zu den wahren Akteuren und Urhebern einer Politik werden, die in ihrem Namen ausgeübt wird.

Die wachsende Zukunftsangst, der Widerstand gegen den Abbau der von der Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften schwer erkämpften sozialen und demokratischen Erregenschaften, die Forderungen nach neuen demokratischen Rechten, die in allen Ländern laut werden - all das ist eine Kampfansage an die Logik des Neoliberalismus, die in der Einheitlichen Europäischen Akte, in den Verträgen von Maastricht und den nachfolgenden Dokumenten festgeschrieben ist.

Ein anderes Europa ist möglich, wenn die Arbeitnehmer, die Völker, die sozialen und Bürgerbewegungen ihre Kämpfe verbreitern und vertiefen, wenn sich überall jene zusammenschließen, die die neoliberale Politik ablehnen, die gemeinsam für die demokratische Veränderung der Gesellschaft in Europa, für eine Alternative zum Kapitalismus handeln wollen.

Als linke Parteien sind wir Teil dieser Bewegung. Wir wollen innerhalb und außerhalb des Europäischen Parlaments um eine neue Perspektive in Europa und für Europa ringen. Wir wollen ein soziales, ökologisches, demokratisches, einträchtiges und friedliches Europa errichten.

Wir sind für Zusammenarbeit in vielfältigen Formen. Über die hier genannten Verpflichtungen hinaus haben wir uns dazu entschlossen, unsere Kooperation im Europäischen Parlament im Rahmen der Fraktion Vereinigte Europäische Linke / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) auf der Basis des bereits Erreichten fortzusetzen.

Die Unterzeichner dieses Aufrufs verpflichten sich, für diese Ziele und Orientierungen in jedem einzelnen Land und auf europäischer Ebene durch ihre gewählten Abgeordneten im Europäischen Parlament einzutreten.

Die unterzeichnenden Parteien: Kommunistische Partei (Belgien); Partei des Demokratischen Sozialismus (BRD); Französische Kommunistische Partei; SYNASPISMOΣ (Griechenland); Partei der Italienischen Kommunisten; Partei der kommunistischen Wiedergründung (Italien); Kommunistische Partei Luxemburgs; Kommunistische Partei Österreichs; Portugiesische Kommunistische Partei; Kommunistische Partei der Slowakei; Vereinigte Linke (Spanien); Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (Tschechische Republik); Arbeiterpartei (Ungarn); AKEL (Zypern)

Aus: Pressedienst: Nummer 23 vom 4.6.2004

„Heiße Phase“ der Vorbereitungen zur Kommunalwahl 2004 ist längst angelaufen

Parallel zum Europawahlkampfes, in den ja doch etliche Genossinnen und Genossen eingebunden waren, hat der Kreisverband in den letzten Wochen die Kommunalwahlen vorbereitet. Ein umfangreicher Entwurf des Wahlprogramms liegt vor. Er soll nach ausführlicher Diskussion bei der Mitgliederversammlung am 20.5.2004 noch einmal überarbeitet werden und bei einer zusätzlichen Mitgliederversammlung am Mittwoch, 30.6.2004, verabschiedet werden.

Außerdem hat die Mitgliederversammlung am 20.5.2004 für 70 % der 41 Wahlkreise Direktkandidat/innen aufgestellt. Da bis zum Wochenende weitere acht Mitglieder und Sympathisant/innen ihre Bereitschaft erklärt haben, die PDS in einem Direktwahlkreis wählbar zu machen, können wir bei der Mitgliederversammlung am kommenden Mittwoch wahrscheinlich alle Wahlkreise besetzen.

Antrag an die Kreismitgliederversammlung:

Die Liste für den Stadtrat soll zwölf Personen umfassen. Die ersten vier Plätze werden in Einzelwahl gewählt, die folgenden in Listenwahl.

Bei den Bezirksvertretungen können wir uns für die drei Bezirke, in denen wir sind, gut aufstellen. Auch Kettwig/Werden ist kein Problem, wobei die Chancen für diese Bezirksvertretung nicht gut sind. Problematischer sieht es aber für die durchaus chancenreichen Bezirke IV Borbeck und VII Steele-Kray aus. Ein weißes Blatt ist bisher der Bezirk VIII im Essener Süden. Für diese Bezirksvertretungen bemühen wir uns, im Rahmen der Aufstellung Offener Listen noch Kandidatinnen und Kandidaten zu gewinnen, die nicht Mitglieder der PDS sind.

Ein Problem gibt es auch bei der Liste für den Rat. Für Platz 1 der Liste will Gabriele Giesecke wieder kandidieren. Diese Kandidatur wurde vom Kreisvorstand einstimmig unterstützt. Unsere Bemühungen, für Platz 2 eine Kandidatin oder einen Kandidaten zu gewinnen, waren bisher aber nicht von Erfolg gekrönt. Gespräche mit Kandidaten von „außerhalb“ haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Wie wir damit umgehen, muss die Mitgliederversammlung am Mittwoch entscheiden. Eventuell muss die Listenaufstellung noch einmal verschoben werden.

Für die Oberbürgermeister-Kandidatur habe ich mich entschlossen, mich zu bewerben. Wir haben im Kreisvorstand darüber diskutiert, ob es Sinn macht, die Spitzenkandidatin gleichzeitig zur Oberbürgermeister-Kandidatin zu wählen. Unter dem Gesichtspunkt, dass ein Oberbürgermeister-Kandidat vor allem im Wahlkampf seine Aufgabe hat, haben wir es jedoch für sinnvoller gehalten, die Kandidaturen zu trennen. So ist eine gegenseitige Unterstützung der Kandidat/innen möglich. Alles weitere müssen wir am Mittwoch diskutieren. (Wolfgang Freye)

1. Direktkandidaturen zur Kommunalwahl 2004

WK	Stadtteile	Gewählt am 20.5. 2004
1.	Nord- u. Westviertel, Stadtkern	Kniffka, Ralf
2.	Ostviertel, Frillendorf	Tiedemann, Frank
3.	Heisingen	
4.	Huttrop	Erbas, Sabiha
5.	Bergerhausen	Seltmann, Cornelia
6.	Süd- u. Südostviertel	Stephan, Klaus
7.	Rüttenscheid-Nord	Kowertz, Patrick
8.	Rüttenscheid-Süd	
9.	Holsterhausen-Nord	Seemann, Till
10.	Holsterhausen-Süd	Trzos, Katharina
11.	Margarethenhöhe, Haarzopf, Fulerum	Finkeldey, Jörg
12.	Frohnhausen-Süd	Giesecke, Gabriele
14.	Frohnhausen-Nord	
15.	Altendorf-Süd	Herpertz, Volkmar
16.	Altendorf-Nord	Freye, Wolfgang
17.	Bedingrade, Schönebeck	Ruschewski, Erich
18.	Bochold-Süd	Dirla, Alfred
19.	Borbeck-Mitte	Overhoff, Dirk
20.	Frintrop	Lüdtke-Jordan, Birgit
21.	Dellwig, Gerschede	
22.	Bergeborbeck, Bochold-Nord	Huhn, Gudrun
23.	Vogelheim, Altenessen-Süd	Justen, Frank
24.	Altenessen-Süd	Swillus, Olaf
25.	Altenessen-Nord	Steinmann, Michael
26.	Karnap	Warschun, Christel
27.	Katernberg-Nord	Seltmann, Sven
28.	Katernberg-Süd	Seemann, Bernd
29.	Stoppenberg	Hellwig, Jahn
30.	Schonnebeck	Müller, Marion
31.	Kray-Süd	
32.	Kray-Nord, Leithe	
33.	Steele	Hellwig, Heinrich
34.	Freisenbruch	
35.	Horst	
36.	Überruhr-Hinsel	
37.	Überruhr-Holthausen	
38.	Kupferdreh, Byfang	
39.	Rellinghausen, Stadtwald	Stahl, Hans-Joachim
40.	Bredeney, Schuir	
41.	Werden	Renner, Markus
42.	Kettwig	Blocklinger, Lothar

3. Kandidaturen für Bezirksvertretungen

I. Innenstadt	Frank Tiedemann, Sabiha Erbas, Ralph Kniffka
II. Rüttenscheid, Stadtwald	Conny Seltmann, Patrick Kowertz, Michael Steinmann
III. Essen-West	Wolfgang Freye, Gabriele Giesecke, Volkmar Herpertz
IV. Borbeck	Erich Ruschewski
V. Altenessen-Karnap	Bürgerliste Nord
VI. Stoppenberg, Katernberg	Bürgerliste Nord
VII. Steele-Kray	Heinrich Hellwig
VIII. Heisingen, Kupferdreh, Burgaltendorf	
IX. Bredeney, Werden, Kettwig	Lothar Blocklinger, Markus Renner

4. Bewerbungen um Listenplätze für den Stadtrat (in alphabetischer Reihenfolge)

Erbas, Sabiha	Huhn, Gudrun
Finkeldey, Jörg	Kniffka, Ralph
Freye, Wolfgang	Kowertz, Patrick
Giesecke, Gabriele	Seemann, Till
Herpertz, Volkmar	Seltmann, Cornelia

2. Weitere Bewerbungen als Direktkandidat/innen (in alphabetischer Reihenfolge):

Beger, Horst	Korte, Georg
Fröblich-Korte, Heike	Lüdtke, Anika
Ilgün, Emra	Onat, Sevhan
Kaplan, Ayten	Stalder-Herpertz, Karin

5. Bewerbung um die Kandidatur zum Oberbürgermeister

Wolfgang Freye

Konkurrenzkandidatur gegen PDS Offene Liste

Erfolglos blieben die Bemühungen, mit der DKP in punkto Kommunalwahlkandidatur doch noch ins Benehmen zu kommen. Die DKP kandidiert allein zu den Kommunalwahlen. Eine gemeinsame Kandidatur auf einer PDS-Offenen Liste lehnten Vertreter des DKP-Kreisvorstandes in einem Gespräch am 31.3.2004 rundherum an.

Der PDS-Kreisvorstand hatte die DKP angeschrieben, nachdem es im Bezirk III Überlegungen der DKP gab, auf eine Kandidatur als DKP zu verzichten, wenn DKP-Mitglieder auf der PDS Offenen Liste zur Bezirksvertretung aufgestellt werden. Der Brief ist im "Rundbrief" vom 4.3.2004 auf S. 4 dokumentiert. In dem Gespräch, an dem für die PDS Cornelia Seltmann, Michael Steinmann, Gabriele Giesecke und der Autor dieses Artikels teilnahmen, ließen die drei DKP-Vorstandsmitglieder jedoch keinen Zweifel daran, dass sie sich eine Kandidatur auf einer Liste, in der PDS im Namen steht, nicht vorstellen können. Dies ist für uns natürlich notwendig. Die PDS kann ihr Wählerpotential sonst nicht mobilisieren und es gibt keinen Grund, fünf Jahre für die wenigen Kräfte erfolgreiche Arbeit im Rat zu verstecken. Mindestens 2.000 Stimmen werden notwendig sein, um ein Ratsmandat zu erhalten, wenn die Wahlbeteiligung in etwa so ist, wie 1999. Die DKP wird da kaum eine Chance haben, sie müsste die Ergebnisse der letzten Jahre

verdrei- bis vervierfachen. Wir haben angeboten, uns dafür stark zu machen, dass ein DKP-Mitglied auf Listenplatz 2 einer PDS Offenen Linken Liste gewählt wird. Unserer Meinung nach war das ein faires Angebot, da der Listenplatz 2 für die PDS sicher sein dürfte. Die gemeinsame Erarbeitung eines Wahlprogramms und der Aufbau gemeinsamer Entscheidungsstrukturen waren weitere Angebote unsererseits. Die DKP-Vertreter blieben trotzdem bei ihrer Position. Die DKP will als DKP auf dem Stimmzettel stehen, so unwahrscheinlich der Erfolg einer solchen Kandidatur auch ist. In anderen Städten läuft das anders. In Düsseldorf unterstützt die DKP z.B. die PDS Offene Liste. In Essen, dem Sitz der DKP-Parteizentrale, ist das nicht möglich. Das Problem ist, dass die Linke durch solche parteitaktischen Manöver nicht stärker wird. Die Verantwortung für solche Schritte muss die DKP dann allerdings auch tragen. Auf ausdrückliche Nachfrage nannten die DKP-Vertreter im Gespräch keine konkreten Kritikpunkte an der Arbeit der PDS Essen im Rat. Es kamen lediglich Verweise auf die Bundespolitik oder die Regierungspolitik in Berlin, die auch von vielen PDS-Mitgliedern im Westen kritisch gesehen wird. Ärgerlich ist, dass die DKP nach dem Gespräch eine Pressemitteilung herausbrachte, die genau das Gegenteil behauptete. Hier ist von Kritik

auch an der Politik der Essener PDS die Rede. Was solch doppelzüngiges Vorgehen mit einem fairen Wahlkampf zu tun hat – darauf haben wir uns nämlich verständigt – bleibt das Geheimnis der Autoren.
Wolfgang Freye

Kreismitglieder- versammlung zum Kreisstatut

Die Kreismitgliederversammlung der PDS Essen hat am 10.3. den im letzten „Rundbrief“ dokumentierten Antrag zum Kreisstatut einstimmig beschlossen. Er lautet: „In Reaktion auf das Schreiben der Bundesschiedskommission vom 24.2.2004 setzt die Kreismitgliederversammlung der PDS Essen das am 10.2. und 11.4.2004 beschlossene Statut des PDS-Kreisverbandes Essen außer Kraft. Ab sofort gilt das Landesstatut der PDS NRW entsprechend mit der Ausnahme, dass für Mitgliederversammlungen eine Ladungsfrist von 2 Wochen gilt.“ Die lange laufenden Schiedsverfahren vor der Landes- und Bundesschiedskommission bezüglich der Auslegung des Kreisstatuts sind inzwischen abgeschlossen. Ein Einspruch von Ralf Fischer gegen die Wahlen zum Kreisvorstand wurde am 14. März 2004 von der Landesschiedskommission zurückgewiesen.

Linke Kandidaturen in Essen – statistisch gesehen

	(Erststimmen)	PDS	(Erststimmen)	DKP	(Erststimmen)	MLPD
Kommunalwahl 1984			---	1.987 (0,89 %)		---
BVs			---	3.416 (1,14 %)		---
nur BV V				1.375 (5,47 %)		
Kommunalwahl 1989			---	2.913 (1,03 %)		---
BVs			---	3.023 (1,07 %)		---
nur BV V			---	989 (4,25 %)		---
Landtagswahl 1990			---	538 (0,16 %)		---
Bundestagswahl 1990		1.401 (0,38 %)				
Europawahl 1994		2.240 (0,85 %)	---	---		
Kommunalwahl 1994		---	334 * (0,09 %)			202 (0,05 %)
Bundestagswahl 1994	2.945 (0,79 %)	4.680 (1,26 %)	---		266 (0,07 %)	171 (0,04 %)
Landtagswahl 1995		---	---			
Bundestag 1998	4.930 (1,32 %)	5.821 (1,56 %)	---	---	346 (0,09 %)	165 (0,04 %)
Europawahl 1999		3.522 (1,97 %)	---	---		
Kommunalwahl 1999		5.722 (2,47 %)	---	---		
Landtagswahl 2000	3.025 (1,21 %)			467 (0,18 %)		371 (0,14 %)
Bundestagswahl 2002	4.159 ** + 750 4.909 (1,42 %)	5.257 (1,52 %)	414 ** (0,12 %)	---	---	---

* nur in einem Teil der Wahlkreise angetreten; ** nur die beiden Essener Bundestagswahlkreise (364 von 430 Wahlbezirken) Rechnerisch ist bei 82 Ratssitzen ein Sitz mit 1,22 % der Stimmen sicher. Bei der Kommunalwahl 1999 erhielten die REP mit 4.746 Stimmen (2,05 %) knapp 2 Sitze.